

Warum das arme Griechenland an das reiche Katar Klimaschutzgelder überweist

Welt, 15.11.2024, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/debatte/plus254457350/Warum-das-arme-Griechenland-an-das-reiche-Katar-Gelder-ueberweist.html>

Eigentlich wollen die Vereinten Nationen den Klimawandel bremsen. Doch für die meisten Staaten hat auf UN-Umweltkonferenzen schon immer etwas anderes Priorität. Effektive Maßnahmen gegen die globale Erwärmung spielen dort kaum eine Rolle.

In Aserbaidshans beraten die Staaten der Erde auf der UN-Klimakonferenz in Baku abermals über Möglichkeiten zur Eindämmung der globalen Erwärmung. Vor allem soll es um die Aufstockung von Hilfszahlungen westlicher Staaten an ärmere Länder gehen. Doch das ist nur die halbe Geschichte.

„Kurios, dass das arme Griechenland Geld an Katar überweisen muss“

In Aserbaidshans hat die Weltklimakonferenz begonnen. Knapp 200 Staaten beraten über die Eindämmung und Folgen der Erderhitzung. Im Fokus stehen neue Finanzausgaben der „Industriemächte“. Die veraltete Definition dieser Länder führe zu kuriosen Zahlungen, erklärte Axel Bojanowski.

UN-Umweltkonferenzen dienen von Beginn an nicht nur der Einhegung von Umwelt- und Klimaproblemen, sondern wesentlich dem Kampf gegen die Industrieländer des Westens. Mit dem in Tausenden flammenden Reden vorgebrachten Argument, ihr wirtschaftlicher Erfolg beruhe auf „Ausbeutung“ und sei „auf Kosten armer Länder“, ließen sich Industriestaaten zu Zugeständnissen zwingen. Dabei hinkte das Argument schon immer.

Zwar hatten westliche Unternehmen beim Abbau von Bodenschätzen örtlich verwüstete Landschaft hinterlassen, einen Teil der Einnahmen aber behielten korrupte Regime in den Entwicklungsländern. Industriestaaten hatten ihren Reichtum auch damit erworben, dass sie Treibhausgase emittierten und den Klimawandel auslösten. Doch getrieben von Kohle und Erdöl riss die von Westeuropa und den USA ausgehende Industrialisierung die gesamte Menschheit aus ihrem Elend.

Das Zeitalter der Innovation brachte zuvor unvorstellbare Verbesserungen bei Lebenserwartung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsbedingungen und vielem mehr. Extreme Armut, quälende Krankheiten, Hunger, Säuglings- und Muttersterblichkeit und Kinderarbeit gingen massiv zurück. Zum ersten Mal in der Geschichte verbesserte sich der Lebensstandard der meisten einfachen Leute.

Auf den UN-Konferenzen aber ist davon nichts zu hören. Die Nationen der sogenannten Dritten Welt hatten sich 1964 zur Gruppe der 77, der G77, zusammengeschlossen. Sie wuchs mit der Zeit auf 134 Mitgliedstaaten, es ist nach Anzahl der Länder und Bevölkerung bei Weitem die größte Gruppe innerhalb der UN. China hat sich ihren Statuten nicht unterworfen, fungiert aber noch heute als Anwalt der Entwicklungsländer bei den UN-Klimakonferenzen.

Umweltthemen wurden zum wichtigsten Hebel der Konkurrenten des Westens. So forderte die chinesische Delegation auf der ersten UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm, die USA „zu verurteilen“. „Opfer-Staaten“, proklamierte ihr Leiter in seiner Rede, sollten vom Westen „Kompensationen fordern“ wegen „kolonialistischer Ausbeutung“. Mit Stockholm wurden UN-Umwelttagungen zur Bühne für Anklagen gegen den Kapitalismus und gleichzeitig für Forderungen nach mehr Kapital.

Dafür, dass sich die Anklagen bei den UN institutionalisieren konnten, sorgten Organisationen aus dem Westen, wo Kritik am eigenen System gesellschaftlichen Erfolg garantiert. Der Tagungsleiter der UN-Konferenz von Stockholm arbeitete mit der Rockefeller-Stiftung und dem elitären Umweltverband Sierra Club zusammen, die wie andere westliche Stiftungen und NGOs eigennützig Sand ins Getriebe westlichen Fortschritts streuen wollen.

Ergebnis der Stockholm-Konferenz war die Gründung des UN-Umweltprogramms Unep mit Sitz in Nairobi, das später den UN-Klimarat gebären sollte. Die Unep war ein Wunsch der Entwicklungsländer, sie verquickt Umweltschutz und Machtpolitik im Sinne der G77.

Die Bundesrepublik Deutschland nutzte wie kein anderes Land das Umweltthema, um Einfluss zu gewinnen. Obwohl Anfang der 1970er noch kein Mitglied der UN, war es der Bundesrepublik mit dem Versprechen großzügiger Hilfszahlungen gelungen, einen Sitz im Lenkungsausschuss der Unep zu ergattern. Per Mittlerrolle etablierte sich Deutschland als Antriebskraft der Umweltkonferenzen.

Nach der Wende 1989 mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes setzten westliche Politiker Umwelt und Klima ganz oben auf die UN-Agenda. „Die Aufgabe, die Umwelt der Erde zu retten, wird zum zentralen Organisationsprinzip in der Welt nach dem Kalten Krieg“, sagte Al Gore damals, späterer US-Vizepräsident der Demokratischen Partei. Der pakistanische Ökonom Mahbubul Haq schlug auf der UN-Umweltkonferenz 1992 in Rio vor, dass die Industrieländer eine „Friedensdividende“ von 1200 Milliarden US-Dollar ausschütten sollen, weil sie die Atmosphäre mit Gasen „gesättigt“, und das Klima verändert hätten.

Auch 32 Jahre später, auf der aktuellen Klimakonferenz in Baku, geht es vor allem um Geldtransfer. 1000 Milliarden US-Dollar an „Klimahilfen“ pro Jahr fordern die weiterhin als Entwicklungsländer firmierenden Staaten von den alten Industrieländern; mehr als 100 Milliarden jährlich sind es bereits.

Die UN-Statuten teilen die Welt weiterhin in zwei Lager wie vor 30 Jahren: Das arme Griechenland muss deshalb an das mittlerweile reiche Katar Klimaschutzgelder überweisen, das laut Konvention als Entwicklungsland gilt. Die zwei Millionen Bewohner Katars produzieren ähnlich viel Treibhausgas wie 99 Millionen Philippiner – aber beide Länder werden zu den Entwicklungsländern gezählt. Und China stößt mittlerweile pro Bewohner mehr Treibhausgas aus als die EU, gehört aber nicht zu den „Industrieländern“.

Wichtigstes Verhandlungsziel der Schwellenländer auf Klimakonferenzen ist traditionell die Schwächung der mächtigen Konkurrenz aus dem Westen. Dass das 1,5-Grad-Ziel im Pariser Klimavertrag auftauchen konnte, akzeptierten China und die arabischen Ölstaaten nur, weil in dem Abkommen gleichzeitig „unterschiedliche

Verantwortung“ festgeschrieben wurde: Die westlichen Staaten verpflichteten sich zu weitaus strikterem Klimaschutz.

China, Indien und andere Schwellenländer haben klargemacht, dass sie die günstigsten Energiequellen nutzen würden, um ihre Bevölkerung aus der Armut zu holen – und das ist für sie bis auf Weiteres fossile Energie. Vor allem diese Länder treiben den Anstieg der Treibhausgasemissionen, Klimaschutz steht hinten an.

Ginge es wirklich um die Bremsung der Erwärmung, wären Transferzahlungen nicht das Mittel der Wahl. Allein rund 270 Milliarden US-Dollar würde es kosten, damit nur Russlands Wirtschaft klimaneutral würde, hat McKinsey errechnet. Russland selbst aber unternimmt keine Anstrengungen dafür. Und während Wind- und Sonnenenergie nur sieben Prozent des Energieverbrauchs Chinas decken, verdient das Land am Verkauf von Solarpaneelen und Elektroautos an den Westen.

Machtpolitik und Geldgeschacher

Wirksame Maßnahmen gegen die Erwärmung wie weltweiter Emissionshandel und Klimaklub aber werden kaum forciert – denn sie lassen sich nicht politisch und wirtschaftlich ausbeuten. Den Durchbruch auf dem Weg zur globalen Energiewende würden CO₂-arme Energiequellen bringen, die günstiger wären als fossile; sie würden sich automatisch durchsetzen.

*Würden die Hilfszahlungen von mehr als 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr in die Entwicklung und Erforschung neuer Energietechnologie gesteckt, dürften effizientere Energie-Alternativen für aufstrebende Staaten bald zur Verfügung stehen. Bei diesem Vorhaben sollte die Weltgemeinschaft kooperieren. Doch leider steht die Lösung des Klimaproblems nicht im Vordergrund bei UN-Konferenzen, sondern **Machtpolitik und Geldgeschacher.***